



Aktuelle Entwicklungen: ▪ Rechtsextremismus

- **Martin Wiese verstärkt Aktivitäten innerhalb der rechtsextremistischen Szene.**
- **Die Neonazi-Szene im Großraum München organisiert sich neu.**
- **Trotz intensiver Wahlkämpfe gelingt es der NPD bislang nicht, im „Superwahljahr 2011“ Erfolge zu erzielen.**
- **Die gerichtlichen Streitigkeiten über die Fusion von NPD und DVU dauern an.**

Aktivitäten von Martin Wiese

Der Rechtsterrorist Martin Wiese versucht durch Veranstaltungen in und um München, die Neonazi-Szene neu zu strukturieren und ein bayernweites Netzwerk aufzubauen. Es gelingt ihm, bisher „verfeindete“ Kameradschaften wieder für eine gemeinsame Zusammenarbeit zu gewinnen. Zudem konnten frühere Aktivisten, u.a. Norman Bordin, wieder zur Mitarbeit bewegt werden. Wiese knüpft damit nahtlos an sein Verhalten vor der Inhaftierung im September 2003 im Zusammenhang mit dem geplanten Sprengstoffattentat auf die Grundsteinlegung der jüdischen Synagoge in München an. Bereits vor seiner Verhaftung verfolgte Wiese das Ziel, sämtliche Organisationen der rechtsextremistischen Szene in Deutschland unter seiner Führung zu vernetzen.

Der in Anklam/Mecklenburg-Vorpommern geborene Martin Wiese schloss sich im Jahr 2001 dem von Norman Bordin gegründeten Aktionsbüro Süd an, das mit etwa 50 Mitgliedern den zu dieser Zeit wichtigsten rechtsextremistischen Personenzusammenschluss von Skinheads und Neonazis im Raum München darstellte.

Im März 2002 übernahm Wiese die Leitung der Gruppierung unter dem Namen Kameradschaft Süd, nachdem Bordin zu einer 15-monatigen Freiheitsstrafe verurteilt worden war. Wiese war bestrebt, die Kameradschaft weiter als eine Art Dachorganisation verschiedener Neonazi- und Skinhead-Gruppen auszubauen, um die heterogene Szene im Raum München zu einer einheitlichen rechtsextremistischen Kraft zu formen.

Im Herbst 2002 stellte Wiese einen von den übrigen Mitgliedern der Kameradschaft Süd abgeschotteten Führungskreis zusammen, die so genannte Schutzgruppe. Diese Schutzgruppe sollte die politischen Ziele der Kameradschaft durch den Einsatz von Waffen und Sprengstoff verwirklichen. Neben Wehrsportübungen, die der körperlichen Ertüchtigung dienten, gehörten auch Schießübungen mit Softair-Waffen und militärischer Drill zum Trainingsprogramm.

Darüber hinaus beschäftigte sich die Schutzgruppe konkret mit der Vorbereitung eines Sprengstoffattentats auf das Gelände des jüdischen Kulturzentrums am St.-Jakobs-Platz in München. Sie wollte damit die für den 9. November 2003 vorgesehene Grundsteinlegung verhindern.

Der geplante rechtsextremistische Terroranschlag konnte rechtzeitig vereitelt werden. Martin Wiese und drei weitere Angehörige des „inneren Führungszirkels“ der Kameradschaft Süd-Aktionsbüro Süddeutschland wurden am 4. Mai 2005 wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die vier Verurteilten einer terroristischen Vereinigung angehörten, deren Ziel es war, eine gewaltsame Revolution herbeizuführen. Neben Billigung und Unterstützung des geplanten Sprengstoffanschlags hatten sie sich auch illegal Waffen und Sprengstoff beschafft.

Martin Wiese wurde als Rädelsführer, Karl-Heinz Statzberger, Thomas Schatt sowie Alexander Mätzing wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung in Tateinheit mit Verstößen gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, das Waffengesetz und das Sprengstoffgesetz zu teilweise mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Dominik Baumann erhielt eine Jugendstrafe von zwei Jahren.

Während seiner Haftzeit änderte Martin Wiese seine politische Einstellung nicht und pflegte weiter Kontakte zur rechtsextremistischen Szene. Das Oberlandesge-

richt München hat deshalb im Vorfeld der Haftentlassung beschlossen, Martin Wiese der Führungsaufsicht zu unterstellen. Es wurden Kontaktverbote gegenüber den Mittätern Karl-Heinz Statzberger, Alexander Mätzing und Thomas Schatt aufgelegt. Trotz der Teilnahme an verschiedenen Veranstaltungen, bei denen auch die damaligen Mittäter anwesend waren, konnte Wiese bislang keine direkte Kontaktaufnahme nachgewiesen werden.

Martin Wiese wurde am 18. August 2010 aus der Haft entlassen und tritt seit dem Jahreswechsel im Raum München wieder in Erscheinung. Er fand hier eine größtenteils zersplitterte und führungslose Neonazi-Szene vor, die spätestens mit dem Haftantritt von Philipp Hasselbach im vergangenen Jahr die polarisierende Führungsfigur verloren hat. Hasselbach wurde am 10. November 2010 wegen gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und acht Monaten verurteilt.

Umbruch innerhalb der Neonazi-Szene in München

Die etwa 80 Personen umfassende Münchner Neonazi-Szene befindet sich seit Anfang des Jahres im Umbruch. Einerseits gab es Auflösungstendenzen, so existieren inzwischen die Kameradschaften Nationale Solidarität Bayern (NSB), Freie Nationalisten München und der Freundeskreis Gilching nicht mehr; Gründe dafür waren insbesondere die Inhaftierung des Neonazis Philipp Hasselbach und der Rückzug des informellen Führers der NSB. Auf der anderen Seite gab es zahlreiche Aktivitäten, um die Szene neu zu ordnen, übergreifende Strukturen zu bilden bzw. frühere Aktivisten wieder zu reaktivieren.



So gründeten ehemalige Angehörige der aufgelösten Gruppierungen Freie Nationalisten München und Nationale Solidarität Bayern im März die Kameradschaft Nord. Der Gruppierung gehören derzeit rund 20 Personen an, die sich zu regelmäßigen Kameradschaftsabenden treffen und bisher u.a. mit Flugblattaktionen in München in Erscheinung getreten sind.

Martin Wiese nimmt innerhalb dieses Neuaufbaus der Münchner Szene eine Schlüsselrolle ein. Ihm gelingt es zunehmend, alte Strukturen wieder aufzubauen und inaktive Protagonisten zu reaktivieren. Sein Ziel ist die Einigung aller Münchner Neonazi-Gruppierungen und seine Positionierung als Führungsfigur. Zur Verbesserung der Zusammenarbeit fand im Januar ein gemeinsames Koordinierungstreffen aller Münchner Kameradschaften statt.

Es folgten weitere Veranstaltungen unter Beteiligung von Wiese, die seinen wachsenden Einfluss untermauern: Am 9. April trafen sich rund 80 Rechtsextremisten zu einer konspirativ geplanten Feier in Erding, um die Neustrukturierung der Münchner Neonazi-Kameradschaften zu feiern und die Eröffnung des von Martin Wiese betriebenen Internetportals NSB zu verkünden. Hauptorganisatoren der Veranstaltung waren Martin Wiese und seine Lebensgefährtin. Die Veranstaltung konnte letztlich verhindert werden.

Am 16. April fand die „4-Jahres-Feier“ der Kameradschaft München Süd-Ost nahe Moosinning, Landkreis Erding, statt, an der Angehörige und Sympathisanten der Gruppierungen Kameradschaft Nord, Kameradschaft München, Jagdstaffel DST und Kameradschaft München Süd-Ost teilnahmen. An der im Vorfeld öffentlich beworbenen Veranstaltung nahmen bis zu 60 Rechtsextremisten teil, Wiese trat gegenüber der Polizei als Wortführer auf.

Rechtsextremistisches Internetportal NSB

Zur Unterstützung des Einigungsprozesses etablierte Wiese im Herbst 2010 in der rechtsextremistischen Szene zeitgleich sein Internetprojekt NSB. NSB stand anfangs für „Nordic Sports Bekleidung“. Mittlerweile deutet Wiese den Begriff auch in „Nationale Sozialistische Bewegung“ um. Er verfolgt damit den sehr ambitionierten Anspruch, sämtliche Organisationen der rechtsextremistischen Szene in Deutschland zu vernetzen. Die NSB möchte mit der Internetseite eine Plattform für alle nationalpolitischen Strömungen innerhalb des so genannten Nationalen Widerstandes“ bieten.



Hauptbestandteil des Internetportals ist eine Plattform, die die Koordinierung und Vernetzung der einzelnen Kameradschaften aus München und dem Umland vo-

rantreiben soll. Kameradschaften können sich auf dieser Plattform darstellen und interaktiv austauschen.

Weiterer wesentlicher Bestandteil der Plattform ist ein Versandhandel, dessen Gewinne über ein Treuhandkonto verwaltet werden. Der Erlös soll ausschließlich dem „politischen Kampf“ zugutekommen, was die NSB als „sozialistische Firmenpolitik“ verkauft. Über den „Nationalladen“ können T-Shirts mit dem NSB-Logo erworben werden.

Durch einen „Kameradendienst“ sollen national orientierte Betriebe und gleichgesinnte Kunden zusammengeführt werden. Im Diskussionsforum können sich die Kameraden interaktiv austauschen. Eine separate Rubrik ist für den „Familienbund KFF“ (KFF = Kinder, Frauen, Familie) angelegt, der sich als Zusammenschluss national denkender Familien und Frauen versteht.

Betreiber der Internetpräsenz ist Wiese, eigentliche Domain- und Versandinhaberin ist seine Lebensgefährtin, deren Wohnung am 27. Mai von der Polizei durchsucht wurde. Grundlage der Durchsuchung war die Verlinkung auf der Homepage zu einem Video, dessen Inhalt mehrfach den Tatbestand des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen erfüllt. Die Polizei beschlagnahmte dabei verschiedene Rechner und Speichermedien, die Seite ist seitdem nur noch mit einem Kennwort zu erreichen.

Die Zahl öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene ist nicht zuletzt aufgrund der Initiative von Wiese deutlich gestiegen. Bislang selbstständig agierende Kameradschaften beteiligen sich nunmehr an gemeinsamen Aktionen. Aufgrund der derzeitigen Situation innerhalb der Münchner Szene dürfte Wiese wegen seines hohen Ansehens und des Respekts, der ihm dort entgegen gebracht wird, die Neustrukturierung weiter vorantreiben. Darüber hinaus ist er bestrebt, auch überregional Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Gruppen zu suchen und Verbindungen zu knüpfen. Wiese referierte Ende Mai vor Aktivisten des neonazistischen Netzwerks Freies Netz Süd, das überwiegend in Franken und der Oberpfalz aktiv ist, über die Zeit während seiner Haft.



Keine Wahlerfolge für die NPD

Das „Superwahljahr 2011“ mit fünf Landtagswahlen entsprach bislang nicht den Vorstellungen der NPD. Der Einzug in ein drittes Landesparlament wurde verfehlt sowie das Minimalziel „Teilhabe an der staatlichen Parteienfinanzierung“ nicht bei allen Wahlen erreicht. Die Ergebnisse der bisherigen Landtagswahlen eignen sich daher nicht als Beleg für den „nationalen Aufbruch“, den die NPD als Folge ihrer Fusion mit der DVU propagiert hatte. Ebenso wenig liefern sie den von der Partei gewünschten Motivationsschub für künftige Wahlkämpfe.

Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg am 20. Februar erreichte die Partei 0,9 % der Stimmen und blieb damit unter der für die staatliche Wahlkampfkostenerstattung wichtigen 1 %-Hürde.



Trotz eines finanziell und personell aufwändigen Wahlkampfes verfehlte die Partei bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 20. März mit einem Zweitstimmenanteil von 4,6 % das im Vorfeld bereits sicher geglaubte Ziel, nach Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern in ein drittes Landesparlament einzuziehen. Ein Grund für dieses Scheitern bestand darin, dass die im Vorfeld gestartete Jung- und Erstwählerkampagne nicht die erhofften Stimmen einbrachte. Vor dem Hintergrund dieses Misserfolgs besteht für die NPD durchaus die Gefahr, bei der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern am 4. September den Wiedereinzug in den Landtag zu verpassen.

In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz erhielt die NPD bei den Landtagswahlen am 27. März 1,0 % (2006: 0,7 %) bzw. 1,1 % (2006: 1,2 %) der Stimmen und erreichte zumindest das Minimalziel zur Teilhabe an der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung.

Zur Bremischen Bürgerschaftswahl am 22. Mai trat die NPD erstmals seit 1999 wieder mit eigenen Wahlvorschlägen an und erreichte in den beiden Wahlbereichen Bremen und Bremerhaven einen Gesamtstimmenanteil von 1,6 %. Den angestrebten Einzug in die Bremische Bürgerschaft verfehlte sie jedoch deutlich.

Fusion zwischen NPD und DVU



Die Fusion zwischen NPD und DVU zur neuen Partei „NPD – Die Volksunion“ konnte auf Grund der andauernden gerichtlichen Streitigkeiten noch immer nicht vollzogen werden. Unabhängig hiervon hat sich in den ersten Wahlen dieses Jahres gezeigt, dass es der NPD trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, neue Wähler für sich zu gewinnen. Auch nach einer endgültig vollzogenen Fusion mit der DVU ist nicht mit einer wesentlichen Stärkung der NPD zu rechnen.

Rechtsextremistische Gewalttaten

Die Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten bewegt sich mit 29 gemeldeten Delikten (Stand: 30.06.2011) auf dem Niveau der Vorjahre; es ist allerdings noch mit Nachmeldungen zu rechnen.